Der Steißlinger Freiherr Roderich von Stotzingen (1822–1893) und der Radolfzeller Stadtpfarrer Friedrich Werber (1843–1920), zwei markante Persönlichkeiten des politischen Katholizismus im Großherzogtum Baden

Vortrag, gehalten von Kreisarchivar Dr. Franz Götz am 19. 12. 1976 in Steißlingen anläßlich der Verleihung des Hegau-Preises der Gemeinde Steißlingen an ihn.

Wenn wir das politische Wirken der beiden Persönlichkeiten Roderich von Stotzingen und Friedrich Werber richtig verstehen wollen, kommen wir nicht umhin, uns zunächst das Verhältnis zwischen Staat und Kirche im 19. Jahrhundert zu vergegenwärtigen.

Diese kirchengeschichtlich unruhige Epoche – das betrifft vor allem die Zeit zwischen 1850 und 1880 – möchte ich zunächst skizzieren, um daran anschließend vor diesem Hintergrund die beiden Vorkämpfer für eine freie Kirche im Staat kurz zu würdigen. Die in der napoleonischen Ära entstandenen deutschen Mittelstaaten, darunter das Großherzogtum Baden, übernahmen auch kirchliche Hoheitsrechte von den in ihrem Staatsverband aufgegangenen geistlichen und weltlichen Territorien des 1806 zerbrochenen alten Kaiserreiches.

In Baden wurde die Neuregelung der kirchlichen Verhältnisse unverzüglich in Angriff genommen. Man knüpfte dabei an alte staatskirchliche Traditionen an und verschaffte in der neuen Ordnung dem Staat ein starkes Übergewicht gegenüber den Kirchen. Der Staat erhielt weitgehende Aufsichts- und Eingriffsrechte, die ihm die administrative Beherrschung der Kirchen ermöglichten. Von einer gleichberechtigten Partnerschaft konnte keine Rede sein.

Diese massive Bevormundung der Kirchen, insbesondere der katholischen Kirche, durch staatliche Organe wurde zunächst hingenommen. Die ersten beiden Erzbischöfe des 1827 neu geschaffenen Erzbistums Freiburg/Br. verhielten sich passiv, die kath. Bevölkerung war noch nicht mobilisiert, und in einem Teil der damaligen Geistlichkeit fand das badische Staatskirchentum eine gewisse Sympathie.

Auf Dauer war jedoch wegen der zunehmenden Tendenz, die Kirchen aus der staatlichen Umklammerung zu befreien, ein Konflickt zwischen Staat und Kirche unausweichlich.

Die ersten Aktionen einer katholischen oder, wie man damals auf liberaler Seite abschätzig sagte, einer »ultramontanen« Bewegung gegen das System des badischen Staatskirchentums fallen in die 1840-iger Jahre.

Die Bezeichnung »ultramontan« zielte auf die enge Verbindung der Katholiken mit dem »jenseits der Berge« liegenden Rom.

»Die ›Katholische Bewegung‹ in Baden hatte – ich zitiere – 2 große Ziele: die Befreiung der Kirche aus den Fesseln des Staatskirchentums, also ein neues Verhältnis von Staat und Kirche, und die Erhaltung christlicher Grundsätze im öffentlichen Leben in ständiger Auseinandersetzung mit dem ›Zeitgeist‹ und seinen liberalen und materialistischen, zum Teil radikal kirchenfeindlichen Strömungen.«

So urteilt Julius Dorneich in einem Aufsatz über »Die Entstehung der badischen ›Katholischen Volkspartei‹«. Diese und andere Veröffentlichungen Dorneichs habe ich ebenso wie die große Arbeit von Josef Becker »Liberaler Staat und Kirche in der Ära von Reichsgründung und Kulturkampf« meinen eigenen Forschungen über den politischen Katholizismus zugrunde gelegt.

1840 wurde in Freiburg das »Süddeutsche katholische Kirchenblatt« als Organ der streng-kirchlichen Richtung gegründet und 1845 in die »Süddeutsche Zeitung für Kirche und Staat« umgewandelt. Es war die erste politische Zeitung der »Ultramontanen« in Baden.

Interessanterweise war einer der Initiatoren dieser Zeitung der damalige Karlsruher Generallandesarchivdirektor Dr. Franz Josef Mone, der außerdem mit seinem 1841 erschienenen Buch »Die katholischen Zustände in Baden« die früheste wichtige Kampfschrift der kath. Bewegung lieferte.

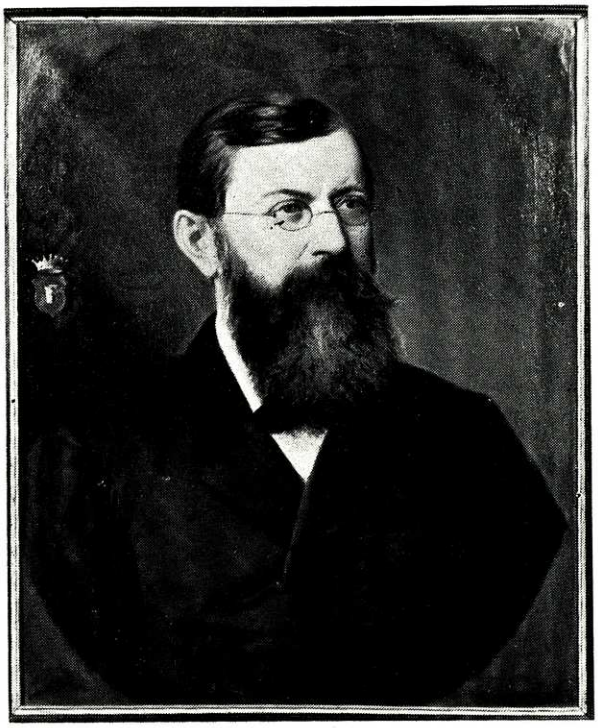
Dazu kam seit 1844 eine gegen liberale Maßnahmen gerichtete Versammlungswelle. Es begann sich also nach und nach eine antiliberale Opposition zu bilden.

Die Revolution von 1848 richtete sich zwar ebenfalls gegen das überlieferte Staatskirchentum, doch änderten sich in Baden zunächst die staatskirchlichen Verhältnisse nicht.

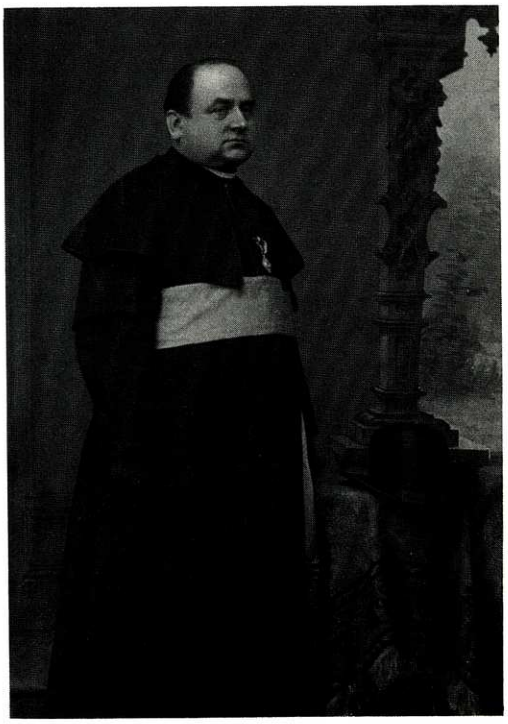
»Die evangelische Landeskirche blieb ebenso unter staatlicher Bevormundung wie die katholische.« (J. Becker).

Das führte in den 1850-iger Jahren zu einer ersten, unter dem Namen »Badischer Kirchenkampf« in die Geschichte eingegangenen Kraftprobe zwischen der katholischen Kirche und dem badischen Staat.

Der Freiburger Erzbischof Hermann von Vicari widersetzte sich in den Jahren 1852–1854 staatlichen Anordnungen und ließ von allen Kanzeln seiner Erzdiözese einen geharnischten Hirtenbrief verlesen. Das brachte ihm ein Gerichtsverfahren und die Verhängung der Untersuchungshaft ein. Der Erzbischof wurde im Mai 1854 neun Tage lang in seiner Freiburger Wohnung gefangengehalten.



Freiherr Roderich von Stotzingen (1822–1893).



Monsignore Dekan Werber (1843–1920).

Hermann von Vicari errecihte aber schließlich das Ziel seines offensiven Vorgehens, nämlich die Regierung zu Verhandlungen mit Rom über den Status der katholischen Kirche im Großherzogtum Baden zu zwingen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen war eine am 28. Juni 1859 abgeschlossene Konvention zwischen Papst Pius IX. und dem Großherzog Friedrich I. von Baden, die für die Kirche einen imponierenden Erfolg zu bringen schien, dem Erzbischof die fast uneingeschränkte kirchliche Jurisdiktion sichern sollte und an die Stelle der Unterordnung der Kirche unter den souveränen Staat das Prinzip der Koordination beider Gewalten setzen wollte.

Ich sagte bewußt »schien, sollte und wollte«; denn das Konkordat entfachte im liberalen Lager einen Sturm der Entrüstung und wurde am 30. März 1860 im Landtag mit großer Mehrheit zurückgewiesen. Damit war eine Chance für ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Kirche und Staat vorerst vertan. Die damals starke liberale Partei hatte sich weit von den freiheitlichen Idealen der klassischen Periode des Frühliberalismus entfernt und sich geradezu in ihr Gegenteil entwickelt, »zur geistigen Tyrannei, zur Unduldsamkeit Andersdenkenden gegenüber«. (Dr. Karl Bader).

Begünstigt durch ein Wahlrecht und eine Wahlkreiseinteilung, die das Besitzbürgertum und die großen Städte bevorzugten, hatten die Liberalen in der II. Kammer des badischen Landtags eine beherrschende Stellung. Diese Stellung entsprach aber nicht dem Volkswillen. Vor allem der katholische Bevölkerungsteil war eindeutig unterrepräsentiert.

Großherzog Friedrich I. von Baden ging 1860 ein enges politisches Bündnis mit der liberalen Parlamentsmehrheit ein. Er gab in der Konkordatsfrage nach, »entließ das bisherige Kabinett, und es begann jetzt die kirchenfeindliche sogenannte ›neue Ära‹ unter den Ministern Lamey und seit 1866 in noch schärferer Form unter Jolly, die nun offen auf eine weitgehende Ausschaltung der Kirche von der Schule zusteuerte und mit einer Vorwegnahme des Kulturkampfes ihren Höhepunkt erreichte«. (J. Dorneich in FDA 84, S. 297).

Das liberal-konstitutionelle Baden wurde zum kulturkämpferischen »Muster- und Probierländle« für Preußen und das neue Reich.

Die kirchenpolitischen Gesetze vom 9. Oktober 1860 ließen zwar der katholischen Kirche in ihrer inneren Verwaltung die Freiheit, unterstellten sie aber erneut der staatlichen Oberaufsicht. Mit der Einrichtung eines vom Innenministerium abhängigen Oberschulrates, eines bekenntnisneutralen Organs, nahm 1862 der Staat auch das Schulwesen in die eigene Hand.

Mit der Aufhebung der örtlichen Oberschulinspektion durch den Pfarrer zugunsten eines Oberschulrates im Jahr 1864 wurden die kirchlichen Vertreter aus ihrer dominierenden Position in der örtlichen Schulverwaltung verdrängt.

Die Entwicklung führte folgerichtig zur Simultanschule, die in Baden 1868 als fakultative, 1876 als allgemein verbindliche Schulform eingeführt wurde.

Diese nun 100 Jahre alte badische Schulreform war damals heftig umstritten, ist jedoch – im nachhinein betrachtet – wohl richtig gewesen und wird heute auch von der Mehrheit der offiziellen Vertreter beider christlicher Kirchen akzeptiert. Möglich wurde diese Zustimmung allerdings nur deshalb, weil im Lauf der Zeit sowohl der Staat als auch die Kirche auf ihren weltanschaulichen Monopolanspruch im Schulwesen vezichtet haben.

Längst eingespielt hat sich auch die seit dem 1. Februar 1870 in Baden obligatorische Zivilehe.

Mit anderen kulturkämpferischen Maßnahmen ist jedoch der Staat weit übers Ziel hinausgeschossen, z. B. mit dem Ende 1867 angeordneten und 1874 verschärften Zwang zur Ablegung eines Staatsexamens durch die Priester, mit dem staatlichen Veto gegen die Wahl des Weihbischofs Lothar Kübel zum Erzbischof von Freiburg/Br., der 13 Jahre lang nur Bistumsverweser sein konnte (1868–1881), mit der Einschränkung der Predigtfreiheit der Geistlichen (1871), mit dem Gesetz gegen die öffentliche Lehr- und Missionstätigkeit von Ordensmitgliedern (1872), mit dem Verbot der Niederlassung des Jesuitenordens (1872), mit der Schließung des Freiburger theologischen Konviktes und der Knabenseminare (1874), mit der Aufhebung der Militärfreiheit der Geistlichen (1874) und mit der finanziellen Begünstigung der Altkatholiken (Altkatholikengesetz von 1874).

Damit war der Bogen eindeutig überspannt. Vielfältigen Bemühungen gelang es schließlich, den Staat zum Nachgeben zu bewegen. Seit 1880 erfolgte eine allmähliche Wiederannäherung von Staat und Kirche. Zug um Zug wurden in Baden, in Preußen und im Reich fast alle Kulturkampfbestimmungen, die auf die Zerstörung der kirchlichen Hierarchie und auf die Einführung einer nationalen Staatskirche abzielten, wieder aufgehoben.

Unter den Ursachen, die zu dieser Entkrampfung und Entspannung des Staats-Kirche-Verhältnisses führten, ist auch das Wirken der erstarkten politischen Katholikenbewegung zu nennen, mit der sich die herrschenden Mächte in Karlsruhe und in Berlin arrangieren mußten.

Die in den badischen Schulkämpfen sich neu formierende katholische Opposition hatte nämlich 1869 die Katholische Volkspartei gegründet, die sich später dem Zentrum anschloß.

Auf dieser eben flüchtig geschilderten stürmisch bewegten kirchenpolitischen Szene agierten mit Mut, Geschick und Zielstrebigkeit unsere beiden Landsleute, der ältere Freiherr Roderich von Stotzingen als Abgeordneter der I. badischen Kammer, als Gründer und Mitarbeiter der katholischen Zeitung »Freie Stimme« und als politischer Redner; der jüngere Friedrich Werber als Redakteur der genannten Radolfzeller Zeitung und ebenfalls als wortgewandter Redner in kirchlichen und politischen Versammlungen.

Freiherr Roderich von Stotzingen, Sproß eines alten, aus dem Ulmer Raum stammenden schwäbischen Rittergeschlechtes, wurde am 1. Mai 1822 in Steißlingen geboren. Sein Großvater Josef Wilhelm hatte seinen Besitz Heudorf bei Riedlingen verkauft und dafür 1790 und 1791 im Hegau die Herrschaften Steißlingen und Wiechs erworben. Roderich besuchte das Gymnasium in Konstanz und für ein Jahr das Lyzeum in Mannheim, wo er 1840 zusammen mit Julius Jolly, dem späteren badischen Kulturkampfminister und politischen Gegner Stotzingens, das beste Abschlußexamen machte. Nach dem Jurastudium in Heidelberg, Berlin und Freiburg und nach ausgiebigen Bildungsreisen widmete sich der literarisch und geschichtlich interessierte, auch heiterer Geselligkeit nicht abgeneigte und die Jagd liebende junge Edelmann zunächst vorwiegend der Verwaltung seiner Güter.

Die Bekanntschaft mit konservativen Politikern der badischen »Kath. Bewegung« und das Erlebnis des Einbruches des sog. »Deutschkatholizismus« in Baden im Jahr 1846, ferner die Konfrontation mit den revolutionären Ereignissen der Jahre 1848 und 1849 weckten in dem Steißlinger Gutsherrn das politische Interesse.

In den Jahren 1848 und 1849 weilte Stotzingen eine Zeitlang als Beobachter bei der Frankfurter Nationalversammlung.

1851 wurde er von seinen Standesgenossen in die I. Kammer des badischen Landtags gewählt, der er bis 1866 angehörte. Stotzingen war »der führende Kopf der katholisch-konservativen Mitglieder der I. Kammer« (Josef Becker). Die ungewöhnliche Begabung, der scharfe Verstand, die Schlagfertigkeit, aber auch seine allgemeine Bildung nötigten selbst seinen politischen Gegnern hohe Achtung für den Steißlinger Baron ab. Leidenschaftlich verteidigte er das zwischen Papst Pius IX. und dem badischen Großherzog abgeschlossene Konkordat, das aber, wie wir gehört haben, bedauerlicherweise 1860 von der II. Kammer zurückgewiesen und nie in Kraft gesetzt wurde.

Stotzingen nahm lebhaften Anteil an den vorhin geschilderten Kämpfen um die Erhaltung der katholischen Schulen in Baden. Als Folge dieser politischen Auseinandersetzungen bildeten sich seit 1864 katholische Männer- und Bürgervereine sowie die sogenannten »wandernden Casinos«. Das waren gesellige Mittelpunkte für Katholiken zur Aussprache über Zeitverhältnisse, die ersten großen Volksversammlungen, die Vorläufer einer sich bildenden kath. Volkspartei.

»Den katholischen Gegnern der ›Neuen Ära‹ gelang es jetzt erstmals, die Liberalen mit einer ihre Position gefährdenden populären Bewegung zu konfrontieren« (J. Becker).

Die erste »Casino-Versammlung« im Seekreis fand am 9. Februar 1865 in Radolfzell statt. Dabei ging es ziemlich turbulent zu, da die ebenfalls anwesenden Liberalen die Zusammenkunft der katholisch-konservativen Teilnehmer derart störten, daß der Radolfzeller Oberamtmann die Versammlung schließlich aufheben mußte.

Die liberale Presse im Land empfahl diese Unterwanderung und Störungen zur Nachahmung. »Radolf-

zellieren« erschien in den folgenden Jahren als Schlagwort für Störungsunternehmungen gegen die Katholikenversammlungen.

Daß die Presse das Rückgrat politischer Bewegungen ist, wußten nicht nur die Liberalen, die sich auf eine Fülle von Presseorganen stützen konnten, sondern auch die Katholiken. Nachdem die erste kath. Zeitung in Baden, die »Süddeutsche Zeitung für Kirche und Staat« 1848 eingegangen war, hatte man 1859 mit dem Kauf des »Karlsruher Anzeigers«, des späteren »Badischen Beobachters«, einen Neuanfang gemacht. Neben diesem bis zu seinem Untergang in der Nazizeit in Karlsruhe erscheinenden Hauptorgan der kath. Bewegung in Baden, an dem von Anfang an auch Roderich von Stotzingen mitarbeitete, wollte man an anderen Orten im Lande kleinere, regionale Heimatblätter herausbringen. Dieses Vorhaben gelang in Heidelberg, in Freiburg/Br., in Radolfzell und in Lahr. In Radolfzell erschien mit Unterstützung einer Gruppe konservativer Hegau-Adliger unter Führung des Freiherrn Roderich von Stotzingen seit Juni 1865 die »Freie Stimme«, nachdem sich in Konstanz für die ein halbes Jahr zuvor gegründete Zeitung kein Drucker gefunden hatte. Die Redaktion lag zunächst bei Dekan Zugschwert in Markelfingen, dann von 1870–1905 bei Friedrich Werber. Der erste Drucker und Verleger des Blattes war bis 1886 Wilhelm Moriell. Die »Freie Stimme« erschien bis 1941. Nach dem Willen von Stotzingens, der bis zu seinem Tod zu den Förderern und eifrigsten Mitarbeitern dieser Zeitung zählte, sollte die »Freie Stimme« – so formulierte es Werber – »ein echtes und rechtes Volksorgan sein, ein Bauernblatt, das aber auch der Städter nicht ohne Nutzen liest«. Gleichzeitig war die »Freie Stimme« eine scharfe Waffe gegen die katholikenfeindliche Presse, insbesondere gegen die liberale »Konstanzer Zeitung«.

Erste beachtliche Wahlerfolge konnten die Katholiken bei den Wahlen zu den badischen Kreisversammlungen, den späteren Kreistagen, im Herbst 1865 erringen. Ähnlich gut ging es bei den Zollparlamentswahlen am 18. Februar 1868.

Freiherr Roderich von Stotzingen ließ sich im Seekreis als Kandidat für die Wahlen zum Berliner Zollparlament aufstellen. »Zur Überraschung und Erbitterung der Liberalen, die sich gerade im Seegebiet besonders stark gefühlt hatten« (J. Dorneich), wurde Stotzingen gewählt. 6 von 14 badischen Abgeordnetensitzen gingen an die Opposition. Gewählt wurden 5 Katholiken und 1 Protestant.

Der katholisch-konservative Freiherr aus Steißlingen gehörte dann auch zu den hundert Männern, die am 1. Mai 1869 zur Gründung einer »Katholischen Volkspartei« im Lande Baden aufgerufen haben. Bei der Landtagswahl im August 1869 brachten die Katholiken 4 Abgeordnete durch. Es ging langsam, aber stetig aufwärts. Im Wahlkreis Konstanz-Land gewann erstmals 1881 ein Zentrumsmann die Wahl. Der 1. badische Wahlkreis für die Reichstagswahlen (die Amtsbezirke Konstanz, Stockach, Überlingen, Meßkirch, Pfullendorf und die Stadt Aach vom damaligen Amtsbezirk Engen) fiel erstmals 1890 an einen Zentrumsmann. Von 1912–1933 hat Carl Diez, der Vater des hier anwesenden Altoberbürgermeisters und Hegaugeschichtsvereins-Präsidenten, diesen Wahlkreis in Berlin vertreten.

Unentwegt und nimmermüde beteiligte sich Roderich von Stotzingen an den sog. »Freien Konferenzen«, in denen Bildungsvorträge für die kath. Bevölkerung gehalten wurden; auch trat er oft auf Versammlungen der Kath. Volkspartei und ihrer Nachfolgerin, der Zentrumspartei, als Redner auf, noch wenige Monate vor seinem Tod.

Wie beim »Zeitungsmachen«, so arbeiteten auch in der politischen Versammlungstätigkeit Friedrich Werber und Roderich von Stotzingen eng zusammen. Werber war es auch, der auf seinen am 23. März 1893 im 71. Lebensjahr in Steißlingen verstorbenen väterlichen Freund einen herzlichen Nachruf verfaßt hat, der im »Badischen Beobachter« und in gekürzter Fassung in einigen weiteren Zeitungen erschienen ist. In diesem Nekrolog rühmte Werber die Tugenden des wahren Edelmannes, dem er fast ein Vierteljahrhundert verbunden war.

»Der Verstorbene lebte in und mit dem Volke«, schreibt Friedrich Werber. »An den politischen Kämpfen der letzten Jahrzehnte hat er stets den regsten Anteil genommen. In den politischen Versammlungen und in den sogenannten freien Konferenzen war er ein regelmäßiger Gast. Oft genug führte er das Präsidium, und wenn er jeweils das Wort ergriff, so fand er dankbare Zuhörer. Seine Reden zeichneten sich aus durch Kürze und strenge Sachlichkeit; bei aller Entschiedenheit kam nie ein den politischen Gegner verletzendes Wort über seine Lippen; ein kerngesunder Humor blickte bald hier, bald da schalkhaft hindurch. . .

Der Dahingeschiedene war auch ein begeisterter Verehrer der katholischen Orden. Die älteste Tochter Elisabeth gehört den Schwestern du sacre coeur, einer der Söhne, Fidelis, den Beuroner Benediktinern an«. Soweit der kurze Auszug aus Friedrich Werbers Nachruf auf Roderich von Stotzingen. Der im Kloster Beuron als Mönch eingetretene Sohn Fidelis wurde übrigens später Abt von Maria Laach und 1913 Abtprimas des gesamten Benediktinerordens. Nachfolger Roderichs auf dem Felde der Politik wurde sein ältester Sohn Albrecht, der Vater der heute hier anwesenden Freiherren Fidelis und Gebhard sowie der Baronesse Maria-Josefa von Stotzingen.

Roderich von Stotzingen und *Friedrich Werber* haben sich wohl im September 1870 zum erstenmal getroffen, als Werber in Radolfzell ankam, um die Redaktion der »Freien Stimme« zu übernehmen.

Im mittelbadischen Städtchen Ettenheim am 2. April 1843 geboren, studierte Werber von 1861–1865 Theologie und wurde am 1. August 1866 von Erzbischof Hermann von Vicari zum Priester geweiht. Danach wirkte Werber zunächst einige Monate in Bleichheim, dann von Ende Juli 1867 bis Mitte September 1870 als Kaplaneiverweser in Waldshut, und zwar als Vertreter von Heinrich Hansjakob, mit dem er in freundschaftlichem und streitbarem Verkehr stand. Bereits in Waldshut, wo er die Väter des I. Vatikani-

schen Konzils verteidigte, hängte man Werber den Namen »Hetzkaplan« an, obwohl ganz andere hetzten und er nur die Sache der Kirche mannhaft vertreten hat. Die Bezeichnung »Hetzkaplan« blieb das Etikett, mit dem die liberale Presse den Kollegen von der schwarzen Konkurrenz diffamierte.

Die ersten journalistischen Sporen verdiente sich der junge Waldshuter Kaplan als freiwilliger Mitarbeiter bei der in Säckingen erscheinenden kath. Zeitung »Der Trompeter von Säckingen«. Das ließ ihn bei der Kirchenbehörde als geeignet erscheinen, die Redaktion der Radolfzeller Zeitung »Freie Stimme« neben dem Posten des Kaplaneiverwesers in Böhringen zu übernehmen.

Über seine Anfänge als Schriftleiter der »Freien Stimme« schreibt Friedrich Werber in seinen Lebenserinnerungen, denen er den Titel »Ein Ultramontaner dieseits der Berge« gegeben hat, folgendes:

»Am 17. September 1870 habe ich das erste Mal die Freie Stimme redigiert. . . Die Geschäfte besorgte Freiherr Roderich von Stotzingen, der mir zeitlebens ein Wohlwollen bewahrte, das ich ihm und seiner Familie nie vergessen werde; ich durfte jederzeit bei ihm vorsprechen und mir Rat holen. Freiherr von Stotzingen war einer der begabtesten Laien, die ich in meinem langen Leben kannte, ein Edelmann in des Wortes vollster Bedeutung«.

Mit dem 17. September 1870 begann die 35-jährige Tätigkeit Werbers als kämpferischer Redakteur der katholischen Zeitung »Freie Stimme«. Das Blatt hatte 1870 eine Auflage von 2172 Exemplaren. Bis 1898 stieg die Zahl der Abonnenten auf 6628.

»1871« – schreibt Werber – »fingen böse Zeiten für die Katholiken an, die bis in die 80iger Jahre dauerten«. Über das folgende Jahr notierte Werber: »1872 war ein schlimmes Jahr für die gläubigen Katholiken, ein Jahr voller Angriffe, in Wort und Schrift, in Parlament und Presse«.

Zusammen mit dem Arzt Dr. Schachleitner aus Bodman und dem Konstanzer Stiftungsverwalter Edelmann klärte Werber das Volk auf, hielt Versammlung auf Versammlung und schrieb sich die Finger wund.

Dieses »ultramontane Dreigespann« Edelmann, Schachleitner und Werber war die bevorzugte Zielscheibe der Angriffe der »Konstanzer Zeitung«. Eines Tages erschien in diesem liberalen Blatt folgendes Gedicht, über das sich Werber nach eigenem Bekunden köstlich amüsierte:

Herr Werber, der Kaplan von Zell
wirbt für die Männervereine,
zergliedert sehr gut very well
die Freiheit, die ich meine.
Der Doktor nimmt sodann das Wort
und schnaubt in seinem Grimme:
Fort mit der Konstanzer Zeitung, fort,
abonniert auf die Freie Stimme!
Der letzte in dem Dreigespann
spitzt auf katholische Wahlen.
Oh wählt, so stöhnt Herr Edelmann,
nur keinen Liberalen!

Am 11. Januar 1873 wurden Werber, Edelmann und Schachleitner wegen angeblich staatsgefährdender Reden für 4 Tage ins Radolfzeller Gefängnis gesperrt. Im selben Jahr saß auch Heinrich Hansjakob 6 Wochen lang im Radolfzeller »Hotel Klausmann«, so benannt nach dem damaligen Gefangenenwärter.

1874 war wieder »ein wüstes Kulturkampfjahr«. Man bemühte sich heftig aber vergeblich, den Radolfzeller »Hetzkaplan« Werber zu Fall zu bringen.

1874 veröffentlichte der ebenfalls liberale, in Engen erscheinende »Hegauer Erzähler« folgendes Gedichtlein:

Wenn der Frühling beginnt,
schmilzt draußen der Schnee
und der Kaplanjournalist
steht fester als je!

Im Sommer, da brütet
der Vogel im Nest
und der Kaplanjournalist
sitzt noch einmal so fest!

Im Herbst fällt das Laub
von des Nordwindes Wehen,
und der Kaplanjournalist
denkt gar nicht ans Gehen.

Im Winter, da friert es
von ferne und nah
und der Kaplanjournalist
ist alleweil noch da.

»Das hat mir viel Spaß gemacht«, schreibt Werber. »Mut und Humor verließen mich nicht«. Von Wer-

bers Humor zeugt auch folgende mündlich überlieferte Anekdote: Als man bei der Einführung der Zivil-trauung zunächst Schwierigkeiten hatte, eine geeignete Trauformel zu finden, machte Friedrich Werber folgenden umwerfenden Vorschlag. Der Standesbeamte solle einfach sagen:

«Wenner Euch wend,
no gebed Euch d'Händ.
Im Namen des Gesetzes –
etz hät's es!«

Das einzige katholische Organ am See und Lokalblättchen für Radolfzell und Singen mußte sich gegen eine fast übermächtige Konkurrenz gegnerischer Zeitungen durchsetzen. Das war nicht einfach, wurde aber von Friedrich Werber und seinen Mitarbeitern bravourös gemeistert.

Nachdem die schlimmsten Kulturkampfjahre vorüber waren, wurde es für die katholische Presse etwas leichter, obwohl die nach wie vor mit ziemlicher Schärfe geführten Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner selbstverständlich weitergingen, und zwar mit wachsendem Erfolg. Denn, wie wir vorhin gehört haben, gelang in den 1880iger Jahren der badischen Volkspartei, bzw. dem Zentrum auch am Bodensee der politische Durchbruch, zunächst bei Landtagswahlen, ab 1890 auch bei Reichstagswahlen.

Man fragt sich natürlich heute, warum es überhaupt notwendig war, daß kath. Geistliche wie Werber oder Hansjakob politisch tätig wurden. Das ist nur aus der damaligen Situation heraus zu verstehen. Es mangelte zunächst einfach an einer ausreichend großen Zahl von Laien, die in der Lage gewesen wären, die politische Diskussion mit der erforderlichen Überzeugungskraft und dem nötigen Nachdruck zu führen. Friedrich Werber, der nie selbst nach politischer Macht strebte, sondern immer nur für seine Freunde warb und eintrat, hat sich aus der Frontlinie des politischen Kampfes zurückgezogen, als er sah, daß der Sieg errungen war und daß andere an seine Stelle treten können.

Im Februar 1879 hatte Friedrich Werber zusammen mit dem Radolfzeller Kaufmann Julius Streicher eine Reise nach Rom unternommen, wo er von Papst Leo XIII. in Privataudienz empfangen wurde.

Der Papst begrüßte den sehr korpulenten geistlichen Herrn vom Bodensee mit dem doppeldeutigen Ausruf: »Gravis sane defensor ecclesiae«! Fürwahr, ein gewichtiger Verteidiger der Kirche!

Im selben Jahr, 1879, wurde Werber Pfarrverweser in Radolfzell. Jedoch erst 1887 bekam er, nachdem ihm nochmals ein anderer Geistlicher vor die Nase gesetzt worden war, endlich die lang ersehnte Stelle des Radolfzeller Münsterpfarrers.

Werber blieb dann noch 32 Jahre, bis zum Juni 1919, Münsterpfarrer in Radolfzell und redigierte nebenher bis 1905 die »Freie Stimme«. Am 31. August 1920 ist Friedrich Werber, der »gewichtige Verteidiger der Kirche« und seit 1906 Ehrenbürger von Radolfzell, im Kloster Hegne gestorben.

Mein Kollege und »Laudator« Herbert Berner hat dem bedeutenden Radolfzeller Redakteur und Münsterpfarrer 1966 im Susoblatt einen Aufsatz gewidmet.

Daß Friedrich Werber sich nicht nur als politischer Journalist und Volksredner gegen die Bevormundung der kath. Kirche durch den Staat und für die Stärkung des politischen Katholizismus in der Gesellschaft unvergeßliche Meriten erworben hat, sondern auch als Seelsorger segensreich wirkte, ist ebenso unbestritten, lag aber außerhalb unseres heutigen Vortragsthemas.

Fragen wir uns abschließend, was der kirchenpolitische Kampf im 19. Jhdt. gebracht hat.

Er hat eine allmählich, aber nur unter großen Schmerzen zustandegekommene Emanzipation der Kirche vom Staat und des Staates von der Kirche gebracht, eine Emanzipation hin zu einem mehr partnerschaftlichen Verhältnis, weg von einer unheilvollen Verfilzung beider Institutionen, weg von einer Übermachtung des einen durch den anderen.

Bei der jahrzehntelangen mühseligen Entflechtung staatlicher und kirchlicher Positionen und Interessen mußte allerdings der Staat, da er eindeutig seine Macht über die Kirche zu sehr ausgedehnt hatte, mehr Federn lassen als die Kirche, die ja die entscheidenden Schlachten um ihre politische Vormachtstellung bereits bei der Säkularisation zu Beginn des 19. Jhdts. verloren hatte.

Daß wir im Großherzogtum Baden und in den anderen Ländern des deutschen Kaiserreiches keinen das kirchliche und und religiöse Leben bestimmenden omnipotenten Weltanschauungsstaat bekommen haben, verdanken wir unter anderem Männern wie dem Steißlinger Freiherrn Roderich von Stotzingen und dem Radolfzeller Monsignore Friedrich Werber.

Von den Früchten ihrer politischen Leistungen zehren wir noch immer.

Literaturhinweise:

1. *Josef Becker:* Liberaler Staat und Kirche in der Ära von Reichsgründung und Kulturkampf. Geschichte und Strukturen ihres Verhältnisses in Baden 1860–1876. 395 Seiten. Mainz 1973
2. *Herbert Berner:* Monsignore Friedrich Werber. Ein Kapitel Kultur- und Zeitgeschichte des Bodenseegebiets; in Nummern 32–35 (1966) des Suso-Blattes
3. *Julius Dorneich:* Die Entstehung der badischen »Katholischen Volkspartei« zwischen 1865 und 1869 im Tagebuch von Baurat Dr. Karl Bader; in: Freiburger Diözesan-Archiv, Bd. 84/1964, S. 272–399
4. *Julius Dorneich:* Der Kirchenkampf in Baden (1860–1876) und die Katholische Gegenbewegung; in: Freiburger Diözesan-Archiv, Bd. 94/1974, S. 547–588
5. *Julius Dorneich:* Erinnerungen des Freiherrn Roderich von Stotzingen in Steißlingen an die badischen Aufstände 1848/49, nebst Briefen aus der Zeit; in: Zeitschrift HEGAU, Bd. 31/1974 S. 121–167